



TTIP ó Das unbekannte Wesen

Meschede, Mai/Juni 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie bereits eine Meinung zu TTIP, der Idee einer Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA, in der Öffentlichkeit als Freihandelsabkommen zwischen den Wirtschaftsblöcken behandelt? Immerhin wird über das Projekt seit Juli 2013 verhandelt, und bis zum Jahresende 2017 soll das fertige Vertragswerk vorliegen. Ob es wirklich dazu kommt, ist jedoch durchaus fraglich.

Rein ökonomisch betrachtet hat die Idee einer Handelsliberalisierung zwischen den Partnern etwas Bestechendes: Zweifellos würde ein Wegfall von Einfuhrsteuern und Zöllen sowie von nichttarifären Handelshemmnissen aufgrund unterschiedlicher gesetzlicher Vorgaben und Auflagen in beiden Blöcken einen deutlichen Wachstumsschub bewirken. Und davon würden nicht nur die großen, global agierenden Konzerne profitieren, sondern auch viele kleine und mittelständische Unternehmen mit der Folge einer Wohlstandsmehrung der in den Wirtschaftsräumen lebenden Menschen. Aber es gibt Knackpunkte, die den Verständigungsprozess behindern und der schwedischen EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, die das Abkommen mit den USA verhandelt, das Leben schwer machen.

Das umstrittenste Element ist wohl die **Investor-Staat-Streitbeilegung**, für die die Wirtschaft vehement Investitionsschutzabkommen und Schiedsverfahren außerhalb des normalen Rechtswegs fordert, weil sie darin ein unverzichtbares Instrument zur Absicherung gegen Enteignung und andere staatliche Willkür sieht. Die Kritiker sprechen hingegen von einem Ausverkauf des demokratischen Rechtswesens an Unternehmerinteressen durch eine Paralleljustiz. Ich kann mir gut vorstellen, dass hier eine äußerst lukrative Spielwiese für große amerikanische Anwaltskanzleien entstehen würde.

Dabei geht es in der Tat vorrangig um die Interessen international agierender Großkonzerne. Demgegenüber steht der verständliche Rechtsanspruch der EU-Mitgliedsländer, die Maßnahmen zu ergreifen und durchzusetzen, die erforderlich sind, um legitime Gemeinwohlziele sozial-, umwelt- oder sicherheitspolitischer Art zu verfolgen. In der Sache müsste hier ein Ausgleich möglich sein. Schließlich hat Deutschland in der Vergangenheit bereits mit vielen Ländern Investitionsschutzabkommen abgeschlossen, die Einschränkungen zur Gewährleistung staatlicher Souveränität enthalten, bisher ohne jegliche Probleme. Auch das Freihandelsabkommen, das die EU mit Kanada abgeschlossen hat und das in mancher Hinsicht als Vorlage für TTIP gilt, enthält eine solche Klausel.

Bürgernäher ist die Sorge, dass in dem Abkommen **EU-Standards für landwirtschaftliche Produktion, Lebensmittelqualität und Umweltschutz** im Interesse amerikanischer Wettbewerber abgesenkt werden könnten (Stichworte: Genmanipulierte Lebensmittel, Chlorhühnchen).

Hier hat sich eine sehr starke ablehnende Front gegen TTIP gebildet. Vor dem Hintergrund, dass das deutsch-amerikanische Verhältnis ohnehin als gestört empfunden wird, ist eine ständig wachsende Gemeinde von Kritikern entstanden, an deren Spitze sich Thilo Bode, der ehemalige Greenpeace-Aktivist und Gründer von Foodwatch, gestellt hat. National wie international haben sich zahlreiche Bürgerinitiativen gegen TTIP gebildet, die steigende Spendeneinnahmen generieren. Insgesamt ist TTIP zur Projektionsfläche von Ängsten aller Art geworden. Diese Entwicklung ist demoskopisch eindeutig belegt.

An dieser Tatsache trifft die **intransparente Verhandlungsführung** durch die EU-Kommission erhebliche Mitschuld. Tatsächlich sind die TTIP-Verhandlungen bisher weitgehend geheim geführt worden. Es ist zwar inzwischen eine Reihe von Verhandlungsdokumenten veröffentlicht worden, aber erst verspätet auf öffentlichen Druck, und die wichtigsten Papiere, die sog konsolidierten Texte, die den aktuellen Verhandlungsstand wiedergeben, sind nach wie vor unter Verschluss. Im Ergebnis haben wir eine Situation, in der die öffentliche Debatte eindeutig gegen das Abkommen läuft, weil Wirtschaft und Politik es versäumt haben, frühzeitig über den ökonomischen Nutzen eines Freihandelsabkommens zu informieren.

Ohnehin ist die ganze Diskussion vor dem Hintergrund zu sehen, dass sich Europa in den Verhandlungen mit den USA eher in der Position eines Bittstellers, zumindest der des wesentlich schwächeren Verhandlungspartners befindet. Die USA sind auf TTIP nicht angewiesen und versprechen sich weit größere wirtschaftliche Vorteile von dem Freihandelsabkommen TPP (Trans-Pacific-Partnership) mit Ländern wie Japan, Singapur und Malaysia, eine Konsequenz aus der generellen Neuausrichtung der US-amerikanischen Politik auf den pazifischen Raum. Da ist nur schwer vorstellbar, dass die USA sich auf europäische Werte und Befindlichkeiten einlassen werden.

Daher ist für mich nicht absehbar, dass es angesichts der geschilderten Diskrepanzen und Widerstände zu einem Vertragsabschluss im vorgesehenen Zeitrahmen kommt. Denkbar wäre ein Abkommen, das sich auf die wechselseitige Aufhebung oder zumindest Absenkung von Einfuhrsteuern und Zöllen beschränkt. Auch das wäre eindeutig mit ökonomischen Vorteilen verbunden.

Bleiben Sie im Rhythmus! Ihr

Wenn Sie Interesse am Nachlesen der bisher erschienenen Kolumnen haben, finden Sie diese auf unserer Homepage www.dr-rieden.de